

## Kein schönes Bild der westlichen Wertegemeinschaft

Die USA halten Teile von Syrien besetzt, rauben syrisches Öl und unterstützen weiterhin terroristische Banden wie den Islamischen Staat. Durch wirtschaftliche Sanktionen der USA, der EU und der Bundesregierung wird Krieg gegen die syrische Zivilbevölkerung geführt, Lebensmittel und dringende Medikamente fehlen. Israel fliegt fortlaufend Luftangriffe gegen syrisches Territorium, die Türkei



hält andere Teile Syriens besetzt und führt Krieg gegen syrische Kurden. Das alles sind schwerste Kriegsverbrechen, denn weder für Angriffe auf ein anderes Land noch für wirtschaftliche Sanktionen gibt es ein UN-Mandat. Das ist ein wesentlicher Grund für Fluchtbewegungen aus Syrien. Das muss beendet werden. Tausende von Flüchtlingen sind in griechischen Lagern seit Jahren unter elendsten Bedingungen eingesperrt: kein christliches oder menschliches Bild der „westlichen Wertegemeinschaft“. Die Bundesregierung nimmt nun gut 1.500 Flüchtlinge aus diesen Elendslagern auf. In Barmstedt im

Dr. Günter Thiel  
Fraktionsvorsitzender



Hauptausschuss hat die BALL sich dafür ausgesprochen, dass die Stadt wie viele andere Gemeinden sich bereit erklärt einige dieser Flüchtlinge aufzunehmen. CDU, FWB und SPD wollten jedoch nach einem Antrag der Grünen nicht einmal prüfen lassen, ob einige Menschen untergebracht werden könnten.

## Kinderarmut in Deutschland:

# Jedes fünfte Kind betroffen

Ein Fünftel aller Kinder in Deutschland lebt in Armut. Das sind 2,8 Mio. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Seit Jahren verharrt die Kinder- und Jugendarmut auf diesem hohen Niveau. Trotz langer guter wirtschaftlicher Entwicklung sind die Zahlen kaum zurückgegangen. Das hat jetzt eine Untersuchung der Bertelsmann Stiftung belegt.

Diese Situation wird durch die Corona Krise weiter verschärft. Besonders betroffen sind Familien im unteren Einkommensbereich: Minijobber und andere Teilzeitbeschäftigte, befristete Beschäftigte und Leiharbeiter\*innen waren und sind die Ersten, die ihre Arbeit verlieren und auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Ebenso wird häufig jüngeren Beschäftigten zuerst gekündigt.

In Barmstedt sind es zurzeit ca. 250 Kinder, die in sogenannten Bedarfsgemeinschaften leben. Sie gelten als arm oder von Armut bedroht. Hinzu kommt sicherlich noch eine Dunkelziffer, da



sich nicht alle Anspruchsberechtigten melden.

Für die Kinder und Jugendlichen in diesen Familien hat das vielfältige Auswirkungen. Zum einen sind da die finanziellen Engpässe: ■ z.B. weniger Taschengeld – Kino, Schwimmbad usw. sind selten bis gar nicht mehr möglich ■ neue Kleidung? Fehlanzeige! ■ eine Geburtstagsfeier annehmen ohne Geld für ein Geschenk? ■ „mal eben“ eine HVV-Tageskarte kaufen um

Freunde zu treffen? – geht nicht.

■ ein Wochenendausflug mit dem Sportverein oder ein Trainingslager? Nicht finanzierbar. Das sind nur einige Beispiele. Einhergehend mit solchen Einschränkungen kommt es aber auch verstärkt zu sozialen und psychischen Belastungen. Viele kapseln sich von Freunden ab, schämen sich, mögen niemanden zu sich nach Hause einladen und fühlen sich insgesamt in unserer Gesellschaft unsicherer.

## Luftverschmutzung größtes Gesundheitsrisiko

In der EU ist etwa jeder achte Todesfall ein vorzeitiger infolge von Umweltbelastungen wie schlechter Luft. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Europäischen Umweltagentur (EEA), die Anfang September in Kopenhagen veröffentlicht wurde. Das sind mehr als 500.000 Menschen jährlich. Die Luftverschmutzung stellt in Europa somit nach wie vor die größte Umweltbedrohung für die Gesundheit dar. Die Anwohner\*innen der Mühlenstraße fordern seit langem, dass angesichts der vielen Meierei-LKWs endlich eine Schadstoffmessung vorgenommen werden soll.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gutes Aufwachsen und faire Bildungs- und Teilhabechancen. Die soziale Sicherheit und eine gute, umfassende Bildung sind Voraussetzungen für den Bestand und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. So ist es auch Aufgabe der Gesellschaft und der politisch Verantwortlichen, dieses Recht einzulösen. Notwendig ist eine Debatte, welche finanzielle Absicherung wir Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stellen wollen. Eine Möglichkeit der Absicherung wäre eine Kindergrundsicherung oder ein Teilhabegeld – unabhängig vom Hartz IV-System. Dieses Geld muss selbstverständlich auch den Kindern und Jugendlichen direkt zugutekommen und darf nicht von den Eltern „einkassiert“ werden. Ein kleiner aber guter Schritt wäre die Einführung einer „Bildungskarte“ im

Kreis Pinneberg. Dieses hat der Sozialausschuss des Kreistages unlängst empfohlen.

Hintergrund ist die Tatsache, dass nur 18 Prozent der Berechtigten Geld aus dem Teilhabepaket des Bundes in Anspruch nehmen (lt. Paritätischem Wohlfahrtsverband), weil die Beantragung von Geldern oftmals zu aufwendig und bürokratisch ist und viele gar nicht wissen, welche Ansprüche sie haben.

Mit dieser Karte sollen Einzelscheine abgelöst werden. Kosten von bis zu 150 Euro pro Schuljahr für Beförderung, Nachhilfe, Mittagessen, Vereinsbeiträge u.a. werden dann von den Leistungserbringern einfach abgebucht.

Klaus Kuberzig  
Vorsitzender  
Ausschuss für  
Jugend u. Soziales



## Was bedeutet Armut?

Dazu gibt es zwei wissenschaftlich anerkannte Definitionen 1. Kinder gelten als arm, wenn sie in einem Haushalt leben, der Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch erhält (Hartz IV/SGB II)

2. Als armutsgefährdet gelten Kinder, wenn sie in einem Haushalt leben, der weniger als 60% des mittleren Einkommens aller Haushalte beträgt.

## Kindergarten-Essengeld:

# Elternproteste mit Teilerfolg

Das neue Kita-Gesetz der CDU/FDP/Grünen-Landesregierung birgt einige Fallstricke. Das hat sich jetzt in Bezug auf die Verpflegungskosten gezeigt. Auf der einen Seite wurden die Elternbeiträge für die Betreuung gedeckelt. Das ist in vielen Fällen eine finanzielle Entlastung. Auf der anderen Seite werden die Verpflegungskosten jetzt als „Vollkosten“ kalkuliert. Das heißt: Nicht nur die Kosten für die Lebensmittel bestimmen den neuen Preis für das Essen sondern eingerechnet werden auch alle Kosten der Zubereitung, also Küchenpersonal- und Sachkosten.

Der Protest der Eltern darüber entlud sich auf der letzten Sitzung des Sozialausschusses, da diese neue Rechnungsgrundlage teilweise eine Verdoppelung des Essengeldes auf über 80,- Euro bedeutet.

Nach langer Diskussion beschloss der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der BALL, die Kosten vorerst für ein Jahr



auf 60,- Euro für Mittagessen und 5,- Euro für Frühstück und Snacks zu deckeln. Diese Deckelung bedeutet, dass die Differenz zwischen Gesamtkosten und Elternbeitrag von der Stadtkasse getragen wird. Die BALL wird aufpassen, dass diese „freiwilligen“ Aufwendungen dann bei der Jahresrechnung im Rahmen des Finanzausgleiches nicht abgezogen werden.

Hier zeigt sich das Dilemma der Städte und Gemeinden in unserem Land. Die Landesregierung

erlässt Gesetze und Verordnungen, stattet die Kommunen aber nicht mit ausreichenden Finanzmitteln aus. Den schwarzen Peter haben die Kommunalpolitiker, die immer mehr gezwungen werden, als „Sparkommissare“ tätig zu werden.

Entsprechend forderte Sozialausschussvorsitzender Klaus Kuberzig (BALL) die Eltern während der Diskussion im Ausschuss auch auf ihren Protest besonders an die Landesregierung zu richten. Sozialverbände und auch

die BALL fordern schon lange, dass die Kinderbetreuung kostenlos sein soll. Dass dieser Schritt gegangen werden kann, zeigt unser Nachbarland Hamburg. Dort ist seit längerem immerhin eine fünfstündige Betreuung

kostenlos – inkl. Mittagessen.

Die BALL verweist darauf, dass natürlich Kinder aus Hartz IV Bedarfsgemeinschaften und von Wohngeldempfängern weiterhin den Anspruch auf kostenloses Mittagessen haben.

## Freibad am See: Es muss was passieren!

Wochenlang war bei hochsommerlichen Temperaturen die Badestelle am Rantzauer See gesperrt. Zwar steht an der Ortschaft Barmstedt, „Erholungsort Barmstedt“, aber Baden und Schwimmen im Erholungsort: nur zeitweilig. In ganz Schleswig-Holstein wurden in diesem Sommer nur zwei Seen wegen Blaualgenbefall gesperrt, einer davon war der Rantzauer See. BALL-Fraktionsvorsitzender Dr. Günter Thiel kritisierte dies im August auf den Sitzungen des Haupt- und im Werkausschusses massiv. So sagte er u. a.: „Eine Mischung von Überdüngung in der Landwirtschaft, Gänsen und Laufenlassen von Stadtwerken und Stadt hat am Ende dazu ge-

führt, dass Familien, Kita-Gruppen, Kinder, Senior/innen und Naherholungsgäste bei bestem Wetter über Wochen hin keine Freibadmöglichkeit hatten. Dies darf so nicht weitergehen. Die BALL erwartet, dass Werk- und Bau-/Umweltausschuss, Stadt und Stadtwerke dafür sorgen, dass das Freibad wieder für die Barmstedter/innen und Naherholungssuchende dauerhaft nutzbar ist. In den beiden Vorjahren war die Wasserqualität über lange Zeit sehr gut. Es muß geklärt werden, welche Maßnahmen neben einfachen wie Seeablassen zu einer dauerhaften Verbesserung der Wasserqualität führen, und diese sind dann zügig umzusetzen.“

Nicht nur die Corona-Krise stellt uns vor nie dagewesene Herausforderungen, sondern erst recht die Klimakrise: Wälder sterben an Trockenheit, eine Hitzewelle legt ganz Europa lahm und im Globalen Süden verlieren Millionen Menschen durch Dürren, Stürme und Überflutungen ihre Lebensgrundlagen. Selbst die Arktis erreicht Hitzerekorde von bis zu 38 Grad. Die Bundesregierung muss auf die Wissenschaft hören und endlich entschlossen handeln.



**Katharina Schwietering**  
Ausschuss für Jugend u. Soziales

Diesen Herbst hat sie die beste Gelegenheit dazu: Beim EU-Gipfel im Oktober wird über die europäischen Klimaziele als Beitrag zum Pariser Klimaabkommen entschieden. Deutschland hat den Vorsitz und steht deshalb in der Verantwortung, dass die EU-Staaten beschließen, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 65 Prozent zu reduzieren. Nur so können wir unseren Teil dazu beitragen, dass die Erderhitzung nicht die kritische 1,5-Grad-Schwelle überschreitet. Jenseits der 1,5-Grad-Grenze wird die Klimakrise brandgefährlich und beginnt sich selbst zu verstärken. Schon jetzt verstärkt die Klimakrise Ungerech-

**GLOBALER KLIMASTREIK**

25.09.

CORONA KONFORM

#KeinGradWeiter

Mach mit:

FRIDAYS FOR FUTURE

**ELMSHORN**  
**Freitag, 25. September**  
**10 Uhr Buttermarkt**

**Mit FridaysForFuture auf die Straße!**

tigkeiten und trifft diejenigen besonders hart, die am wenigsten zur Erderhitzung beitragen, insbesondere im Globalen Süden.

Die Bundesregierung muss endlich ihre Hausaufgaben machen, denn genau diese 1,5-Grad-Grenze ist mit dem derzeitigen Stillstand beim Erneuerbaren-Ausbau und einem Kohleaus-

stieg in Deutschland erst 2038 nicht einzuhalten. Das Kohle-Gesetz der Bundesregierung befriedet den Konflikt um die Kohle nicht. Wer die Wählerstimmen für die Bundestagswahl im nächsten Jahr will, muss schnellstmöglich, spätestens 2030, aus der Kohle aussteigen. Für die Energiewende brauchen wir jetzt

den massiven Ausbau der Erneuerbaren: auf mindestens 75 Prozent bis 2030.

Mit den Corona-Konjunkturlösungen nimmt die Bundesregierung viel Geld in die Hand. Statt Staatshilfen für klimaschädliche Industrien braucht es angesichts der Klimakrise jetzt eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft: Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit müssen die Eckpfeiler aller Investitionen sein. Die klimapolitischen Herausforderungen eröffnen die Chance, Soziales neu zu denken und so mehr Lebensqualität für alle zu schaffen. Wir wollen einen solidarischen Sozialstaat, in dem Strom, Wohnen, Lebensmittel und Mobilität klimafreundlich und für alle bezahlbar sind.

Für starke EU-Klimaziele, einen Kohleausstieg 2030 und eine sozial-ökologische Transformation gehen wir als Klimaaktivist\*innen, Umwelt-, Entwicklungs- und Sozialverbände am Freitag, den 25. September bundesweit auf die Straßen. Gemeinsam stellen wir uns hinter Fridays for Future und ihren weltweiten Aktionstag. Der Protest und die Forderungen der Schüler\*innen sind notwendig, um die Erderhitzung zu stoppen.

Dieser Text wurde aus dem Aufruf des Unterstützerbündnis Klima-Streik 25.9. übernommen und teilweise gekürzt. Den vollständigen Text und weitere Infos finden Sie auf der Internetseite [www.klima-streik.org](http://www.klima-streik.org).

## Meierei/Käsefabrik: Wasservertrag kündigen!

Es ist bekannt, dass die Meierei/Käsefabrik gut doppelt so viel Wasser im Jahr verbraucht wie die gesamte Barmstedter Bevölkerung. Einige Hunderttausende von Kubikmetern schöpft die Meierei kostenlos aus ihrem eigenen Brunnen. Das Wasser wird aus dem gleichen Grundwasserleiter in rd. 110 Metern Tiefe entnommen, aus dem die Stadtwerke die Bevölkerung versorgen. Keiner weiß, wie nachhaltig dieser Grundwasserleiter ist. Dann kauft die Meierei/Käsefabrik über einen Wasservertrag riesige Wassermengen von den Stadtwerken hinzu. Was die Meierei/Käsefabrik dafür bezahlt, wird vor der Bevölkerung geheim gehalten. So ist es üblich in einer Gesellschaft, die den großen Unternehmen etliche Sondererlasse, Vergünstigungen, Steuererlasse oder Abgabenbefreiungen gewährt. Die BALL ist der Auffassung, dass der Wasserliefervertrag mit der Meierei /Käsefabrik gekündigt werden muss. Der Bezug von Wasser für die industrielle Nutzung muss deutlich teurer werden und es darf keinen Mengenrabatt geben: je mehr Wasser verbraucht wird, um

so billiger – das kann so nicht weitergehen.

Das zweite Problem des riesigen Wasserverbrauchs durch die Meierei/Käsefabrik ist die Abwasserentsorgung. Bekanntlich leitet die Meierei/Käsefabrik riesige Mengen Brüdenwassers in die Regenwasserkanalisation ein, und sie hat dafür vor Jahren einen niedrigen Sondertarif „industrielle Abwasser“ erhalten. Die Sanierungsarbeiten u. a. am Regenwasserrückhaltebecken am Küsterkamp sind auch anteilig durch die Einleitungen der Meierei/Käsefabrik erforderlich geworden. Die BALL erwartet, dass der Abwasserzweckverband AZV die Meierei gleichermaßen wie die Bevölkerung für ihre Einleitungen zur Kasse bittet.



## Tablets im Schulunterricht:

# Pilotprojekt gestartet

Der Ausschuss für Kultur, Schule und Sport hat sich auf seiner Sitzung am 27. August mit der Digitalisierung der Schulen befasst. Dabei geht es um den Einsatz von Computern bzw. Tabletcomputern im „normalen“ Unterricht. Voraussetzung dafür ist, dass die Schulen mit WLAN ausgestattet sind. Per WLAN können die Computer drahtlos auf das Schulnetz / Internet zugreifen und auch Daten untereinander austauschen.

Aus den Fördermitteln der Bundesregierung (Digitalpakt 1) werden an den Barmstedter Schulen die Voraussetzungen geschaffen, um Tablets im Unterricht nutzen zu können. Neben technischen Maßnahmen

(Verkabelung, WLAN) gehören dazu die Ausstattung und Fortbildung von Lehrkräften.

Aus einem zusätzlichen Sofortausstattungsprogramm der Bundesregierung werden Tablet-Koffer angeschafft. Dabei handelt es sich um einen Klassensatz



**Herbert Flick**  
Ausschuss f. Kultur Schule und Sport

von Tabletcomputern (in einem Koffer), die für ein Unterrichtsvorhaben ausgeliehen werden und damit zeitweise von verschiedenen Klassen genutzt werden können.

In der Ausschusssitzung ging es um die Frage, wie jede Schü-

lerin und jeder Schüler mit einem Gerät ausgestattet werden kann. Zu diesem Punkt haben die Eltern über die Schulkonferenz ein Mitspracherecht – im Ausschuss ging es um die Finanzierung der Geräte für Schüler(innen).

Der Ausschuss hat beschlossen, dass (zunächst) je ein Jahrgang des Gymnasiums und der Gottfried-Semper-Schule mit Tablets ausgestattet werden sollen.

Die Finanzierung der Geräte (Apple-Ipads) der Geräte ist folgendermaßen vorgesehen:

1. Die Eltern schaffen das Tablet an (Finanzierung oder Sofortkauf)
2. Die Eltern leihen das Gerät für eine Leihgebühr von 5,00 Euro pro Monat

Familien mit geringem Einkommen erhalten das Gerät

kostenlos, damit niemand aus finanziellen Gründen von der digitalen Bildung ausgeschlossen wird – dieser Punkt ist für die BALL besonders wichtig und wird auch von den anderen Fraktionen mitgetragen.

Dieser Vorschlag ermöglicht den beiden großen Barmstedter Schulen (Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften), in einem Jahrgang umfassende Erfahrungen mit dem unterrichtlichen Einsatz von Tablets zu gewinnen. Durch die Begrenzung auf einen Jahrgang bleibt der finanzielle Aufwand für alle Beteiligten überschaubar und kann in der Zukunft genauer kalkuliert werden.

Die nicht dem ausgewählten Jahrgang angehörenden Schülerinnen und Schüler werden nur zeitweise mit Tablets arbeiten können (Koffertlösung), aber auch sie werden von den Erfahrungen des Tablet-Jahrgangs profitieren.

## Offene Ganztagschule droht an fehlenden Räumen zu scheitern

Die „Offene Ganztagschule“ war erneut ein zentrales Thema in der letzten Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur. Die BALL hatte in der Stadtvertreterversammlung am 11.06. noch einmal versucht, gegen die Erhöhung der Entgelte für die Schulkinderbetreuung vorzugehen, alle anderen Fraktionen stimmten jedoch gegen den Antrag. Allerdings konnten wir erreichen, dass der Anfang des Jahres eingerichtete Arbeitskreis zum Thema OGTS seine Arbeit endlich aufnimmt um u.a. die Entgeltordnung erneut zu diskutieren.

Derzeit ist eine der größten Herausforderungen die sehr angespannte Raumsituation an allen Schulen. Sowohl für die Schulkinderbetreuung als auch für die Kursangebote der OGTS werden Räume benötigt, die es derzeit einfach an den Schulen nicht gibt. Die knappen räumlichen Ressourcen könnten bei weiterhin steigenden Anmeldezahlen in der Betreuung sogar zu einem Aufnahmestopp führen, was es unbedingt zu vermeiden gilt. Viele berufstätige Eltern sind auf die Betreuung angewiesen, und ab 2025 haben sie auch gesetzlich einen Rechtsanspruch auf Ganztags-

betreuung. Bis dahin muss also noch einiges an den Barmstedter Schulen passieren. In diesem Zuge wurde auch diskutiert, ob die James-Krüß-Schule (JKS) zukünftig zu einer Offenen Ganztagschule umgewandelt werden sollte. Auch hier sind derzeit die zur Verfügung stehenden Räume nicht ausreichend für die Einführung einer Ganztagschule.

Aus Sicht der BALL führt kein Weg daran vorbei, die Räumlichkeiten vor allem an der Gottfried-Semper-Schule (GSS) und der JKS zu erweitern. Auch ein von der Stadt in Auftrag gegebenes Gutachten lässt keinen Zweifel daran, dass die prognostizierten steigenden Schülerzahlen und der Rechtsanspruch



**Britt Schölermann**  
Ausschuss f. Kultur Schule und Sport

auf Ganztagsbetreuung die Kapazitäten der GSS sprengen werden, und das bereits in wenigen Jahren. Das Raumproblem betrifft die Schulen und Kitas gleichermaßen. Darum hat der Sozialausschuss auf Vorschlag u.a. der BALL beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzurichten. Hier sollen von der Politik, Kitas, Schulen und Verwaltung gemeinsam Ziele erarbeitet werden.

# Öffentlicher Personennahverkehr

In der letzten BALL-Zeitung hatten wir über die mögliche Ausweitung des öffentlichen Nahverkehrs in Barmstedt berichtet. Nachdem ein Projekt „Bürgerbus“ keine politische Mehrheit gefunden hatte, wurde im Sozialausschuss beschlossen, mit dem Kreis Pinneberg in Verhandlungen zu treten, den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) zu erweitern.

Mittlerweile hat es dazu Beratungen zwischen der Verwaltung, Vertretern der Parteien und dem ÖPNV-Management des Kreises gegeben. Erarbeitet wurden dabei Vorschläge, wie das System der „Anruf-Sammel-Taxis“ (AST) ausgebaut werden könnte. Dazu gehören die Taktung dieser Busse sowie die Einrichtung zusätzlicher Haltestellen. Letzteres ist vor allem not-



wendig, weil es mehrere Neubaugebiete gibt, die bisher außen vor sind.

Diese Vorschläge wurden jetzt vom Verkehrsausschuss des Kreises bestätigt und sollen mit dem Fahrplanwechsel im Dezember in Kraft treten.

Wir werden sie selbstverständlich weiter informieren.